

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiksen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1529  
Circulose Riesa Nr. 82

Nr. 244.

Donnerstag, 18. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 18. bis 19. Oktober 170 Reichsmark. Einmaliger Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklamezeile 400 Mk.; getraubener und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Stellenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfachelt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Krieg oder sonstiger irrtümlicher Eindrungen des Betreibers der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalt. — Hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retention und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schließjahr: 600000.

## Erneute scharfe Angriffe im Landtage.

Der Ministerpräsident gegen das Wehrkreiskommando.

17. Dresden, 17. Oktober 1923.

Im Landtag fand heute die

Vorlesung der Ausprache über die Regierungserklärung statt. Das Interesse an den Verhandlungen hat sich merklich abgeschwächt. Die öffentlichen Tribünen sind spärlich besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt Ministerpräsident Dr. Zeigner auf seine gestrige Auseinandersetzung mit Dr. Dehne zurück. Er habe nur gesagt, er halte es für unvereinbar mit der Stellung eines Ministerialbeamten vom Grade Dr. Dehnes, daß er durchaus im Rahmen und dem Geleite gemäß tun dürfe, tatsächlich tue. (Gelächter.) Ja, das hängt davon ab, wie man sich zum Staat stellt. Und genügt in dieser Situation des Staates nicht Loyalität. Die Loyalität Dr. Dehnes habe er nicht bestritten, aber behauptet, daß dies für seine Stellung dem Minister und dem Staat gegenüber nicht ausreicht. Der erste Redner, der deutsch-nationale Abg. Berger in seiner temperamentvollen Art gegen den Ministerpräsidenten und seine kommunistischen Freunde loszog, fand lebhaften Widerspruch bei den Kommunisten und Sozialdemokraten, die den Redner mit den unflätigsten Jurafen bedachten.

Abg. Wünger (DVP.) wandte sich vor allem gegen die Angriffe des Ministerpräsidenten auf das Reich und den Reichswehrminister und forderte von Dr. Zeigner die Vorlesung des Verhandlungsprotokolls, damit man erfahren, auf welche Verfassung die neuen Minister eigentlich vereidigt worden seien.

Ministerpräsident Dr. Zeigner

stellt die Wichtigkeit verschiedener Behauptungen der Vorredner in Abrede. U. a. sagt er, er wohne nicht in einer Villa sondern in einem Hause, in dem sechs Familien wohnen. Die Minister Wötcher und Hecker seien auf die Verfassung vereidigt worden. Wenn Herr Wünger daran zweifle, so möge er sich aus dem Protokoll, das er auf den Tisch des Hauses lege, eines Besseren belehren lassen. Ich habe gestern gesagt, daß wir unter einer Diktatur des Großkapitals und des Militärs stehen. Das beweist ein

Schreiben des Wehrkreiskommandeurs,

das uns heute zugegangen ist, und in dem es heißt: Ich bitte Sie, zu den Ausführungen des Ministers Wötcher (gelegentlich einer am 13. Oktober in Leipzig gehaltenen Rede) Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. d. Mts. zu sagen, ob sich das Gesamtministerium mit den Ausführungen des Herrn Wötcher einverstanden erklärt, oder ob es entgegen den Versicherungen des Ministers Wötcher gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln. Für den letzten Fall muß ich fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht und mir mitteilt, welche Maßnahmen sie ergreifen will, um eine Wiederholung derartiger Entgleisungen Wötchers zu verhindern.

Und das geschieht, fährt Dr. Zeigner fort, von dem Beauftragten eines demokratischen Ministers. Die Mitte des Hauses sollte eigentlich Verständnis dafür haben, daß unter keiner Bedingung die Regierung das Wehrkreiskommando verantwortlich ist, sondern nur dem Landtag. Wenn das Militär die Linke erdrückt haben wird, dann kommen die Demokraten an die Reihe.

Abg. Kiebereis (Kom.) polemisiert gegen die bürgerlichen Redner.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) erklärt eingangs, es entspreche nicht der Würde des Parlamentes, daß der Landtag berate, ohne daß ein Mitglied der Regierung anwesend sei. Redner geht dann auf die Beamtenpolitik Zeigners ein und protestiert gegen den Eingriff Zeigners in die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten im Falle Dehne. Zu dem Angriff des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner auf den Abgeordneten Dr. Dehne in der Diensttags-Sitzung des sächsischen Landtages hat der Gesamtvorstand des Dresdener Vereins der Deutschen Demokratischen Partei, dessen Vorsitzender Abg. Dr. Dehne ist, in einer am selben Abend stattgefundenen Sitzung Stellung genommen und einstimmig eine Entschließung angenommen, die Dr. Dehne das uneingeschränkte Vertrauen ausdrückt.

Arbeitsminister Graupe

widerlegt einige Behauptungen der Vorredner, die fern Respekt betreffen.

Wirtschaftsminister Gohert

erzählt, auf Anweisung des Wehrkreiskommandos in Dresden seien 80 Waggons Kartoffeln, die von Annaberg bestellt waren, zurückgehalten worden. Bayern habe ein Ausfuhrverbot für Milch- und Käseprodukte erlassen. Die Landwirtschaft in der Amtshauptmannschaft Bautzen verlangten drei Goldmark für den Kerner Kartoffeln. Man tue alles, um die hungerrnde Bevölkerung auf die Straße zu treiben, damit man dann etwas anderes gegen sie unternehmen könne. Bis der kommunistische Minister unter großem Stimmensaufwand eine Denkerrede hält, erörtern ihm diese von rechts entgegen: Sind Sie Minister? Sie sollten sich schämen! und von der Linken: Halt! es zurück! Halt! Halt! Du Deine Klappe, Du Anwalt! Der Minister fährt fort: Wir haben auf die Verfassung von Weimar geschworen; aber ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen den Mut hat, zu

haupten, daß diese Verfassung heute noch existiert. (Aha-Rufe!) Die Verfassung schließt das Recht zur Revolution nicht aus. Wir haben nicht auf den verfassungswidrigen Ausnahmezustand geschworen. Als ein Redner der Rechten fragt, was die Ausführungen des Ministers mit dem Wirtschaftsministerium zu tun haben, antwortete Redner: Es hat das mit der Schwelmerwirtschaft zu tun! (Große Heiterkeit. Ein Kommunist verjährt mit dem Pulddel die Heiterkeit einzudämmen.)

Abg. Wrtz (Z.) wendet sich, wie die Kommunisten, gegen den Ausnahmezustand und die Diktatur des Militärs.

Finanzminister Wötcher:

Die erste Pflicht der Regierung sei, die gegenwärtige Not zu lindern. Die Regierung habe versucht, mit bescheidenen Mitteln unmitelbar in Verbindung zu treten und sei auch bereit gewesen, Staatsbedürfnisse vorübergehend aus der Hand zu geben. Verhandlungen mit Holzinteressenten seien aber ergebnislos verlaufen, weil man der Regierung nur vier Goldmark für den Hektometer bot. Man habe dann mit Landdirektoren verhandelt. Ein gefordertes Notopfer sei abgelehnt worden, ebenso ein größeres Darlehen und eine Röhren- und Roggenanleihe. Nachdem so die Regierung die letzten Möglichkeiten erschöpft hatte, blieb nichts weiter übrig, als die internationale Arbeiterkraft um Hilfe zu bitten. Diese sollte 2000 Tonnen Getreide zur Verfügung stellen. Weiter schweben Verhandlungen mit der russischen Regierung, und es steht zu erwarten, daß Ende dieser Woche 2000 Tonnen Getreide zur Verfügung kommen. Die Reichsregierung hat nichts für uns übrig. Sie hat dem Vorredner General Müller geschickt. Dieser hat die Regierung aufgefordert, Stellung zu meiner Rede zu nehmen. Redner erklärt: Ich fühle mich niemand weiter verantwortlich, als der Mehrheit des Landtages. Ich sehe in dem Vorhaben des Generals Müller einen eklatanten Verfassungsbruch. Die Reichsregierung treibt ein sehr unmoralisches Spiel mit der sächsischen Bevölkerung. Es gibt aber eine Grenze der Geduld und keine Nacht ist dann im Stande, den elementaren Sturm anzufachen.

Ministerpräsident Dr. Zeigner

verliest eine Erklärung der Regierung, in der es u. a. heißt: In den Verhandlungen der Länderminister mit der Reichsregierung ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht erwünscht ist. Weil Bayern aber diesen verweigerte, wurde er für das ganze Reich ausgedehnt. In allen offiziellen Mitteilungen aus Berlin wurde darauf hingewiesen, daß das Reich so verfahren müsse, um Bayern gegenüber Herr zu werden. Wir sind immer entschlossen gewesen, nach Handel mit Reich und Verfassung. Ganz Bayern ist ein Ozean und erklärt den Kampf gegen Reich und Marxismus. Heute haben wir erfahren, daß gestern der bayerische Gesandte in Berlin eine Note überreicht hat, in der ausgeführt wird, in Dresden habe ein Reichsrätekongress unter dem Schutze der sächsischen Regierung stattgefunden. Das sei ein feindseliger Akt gegen die kaiserliche Regierung. Sie fragt an, welche Maßnahmen die Reichsregierung zu ergreifen gedenke, um Wiederholungen von Einmischungen Sachsens zu verhindern. Kein Mensch kann zweifeln, wofür der Auszug geht. Sind es auch heute noch papierne Drohungen, so darf man sich nicht täuschen, daß diese Kreise sich durchzusetzen versuchen; wenn es ihnen gelingt, dann gehört die deutsche Republik der Geschichte an. Warum handelt das Reich nicht. Es macht sich mitschuldig. General Müller verlangt nun, daß die sächsische Regierung ihm Rechenschaft geben soll über die Heuerung eines ihrer Mitglieder. Wir sind dem Wehrkreiskommando keine Rechenschaft schuldig. Noch ist Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Gegenüber diesen unabweislich rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generals Müller können wir es ab, ihm überhaupt Antwort zu geben. (Große Heiterkeit links.) Verfassungsmäßige Anordnungen der Reichsregierung werden nicht ausführen. Für den Fall, daß General Müller seine Drohungen wahr machen sollte, erkläre ich aber schon jetzt: Der General Müller scheint nicht zu wissen, daß er im Bezirke ist, den Boden des Rechts und der Verfassung zu verlassen. Wir werden von der Reichsregierung, das gegen einen solchen unwürdigen Zustand von ihr eingeschritten wird. Wegen der rechts- und verfassungswidrigen Behandlung legen wir die scharfste Verwarnung ein und fordern von der sächsischen Bevölkerung, daß sie sich geschlossen hinter die Regierung stellt. (Lebhafter Beifall links.)

Darauf findet ein Antrag auf Schluß der Aussprache gegen die bürgerlichen Parteien Annahme. In dem deutsch-nationalen Wahlmännchen erhält das Schlusswort Abg. Beutler (Dn.). Er littet das Haus, gegen dieses Ministerium zu stimmen, weil es nicht umkante sei, die Not zu beheben, sondern sie nur verzögern werde. — Nach einigen persönlichen Bemerkungen und tatsächlichen Berichtigungen wird zur Schlußabstimmung geschritten.

Der Mikroschalltag wird mit 48 der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 45 Stimmen der Demokraten, Deutschen Volkspartei und Deutschnationalen abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10 Uhr: Anträge, Anfragen.

## Das Schreiben General Müllers an Dr. Zeigner.

Nachdem in der gestrigen Landtagssitzung Ministerpräsident Dr. Zeigner das vom Reichshaber des Wehrkreises 4 an ihn gerichtete Schreiben öffentlich bekanntgegeben hat, wird der Öffentlichkeit vom Wehrkreisbefehlshaber der Wortlaut des Schreibens zur Verfügung gestellt. Es lautet: Dresden, den 17. Oktober 1923.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!  
Nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Nr. 234 vom 15. Oktober 1923 hat der Minister Wötcher am 13. Oktober in der von der R. V. D. einberufenen Versammlung im Zoologischen Garten zu Leipzig Ausführungen gemacht, die besagen:

„... die Koalitionregierung hat bankrottiert. Es gibt nach dieser Entwicklung, in der wir stehen, entweder eine weiße oder eine rote Diktatur. — Das Proletariat muß sofort bewaffnet werden. ... Die Klassenorgane des Proletariats sind die Träger des proletarischen Befreiungskampfes. Die proletarischen Ouberschlachten, Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeiterklasse geschaffen und gebildet hat in langem Kampfe, das sind Organe, mit denen das Proletariat heute seinen Kampf führen muß. ...“  
Seine Ausführungen haben folgende Resolution zur Folge gehabt:

„Die am 13. Oktober im Zoologischen Garten versammelten 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entrückt gegen das Verbot der Ouberschlachten und der Aktionsausschüsse durch den General Müller. Sie sind gewillt, nun erst recht diese Kampfmittel auszubauen. Gleichzeitig erklären sie, mit allen Mitteln zu kämpfen, um die mit dem Ermächtigungsgesetz geplante Diktatur zu verhindern und die Arbeiterklasse unmöglich zu machen und jede Übernahme der sächsischen Regierung, die dem Interesse des Proletariats dient, sofort durchzuführen.“

Tamit ist durch den Minister Wötcher eine offene Kampfanlage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen und in der Resolution verlangt worden. Die Aufforderung zur Bewaffnung ist gleichbedeutend mit dem Aufruf zum „bewaffneten“ Kampf. Die Rede stellt sich als ein Verstoß gegen die von mir auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September erlassenen Verfügungen dar.

Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung angenommen. Für ihre Fortführung bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Wötcher Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. Oktober 11 Uhr vormittags unabweisend auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium dem Geiste und dem Wortlaut nach mit den Ausführungen des Ministers Wötcher einverstanden erklärt und in diesem Sinne die Regierung weiterführen will, oder ob es entgegen den Versicherungen des Ministers Wötcher gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln. Für den letzteren Fall muß ich, um klare Verhältnisse zu schaffen, fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um einer Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Wötcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubeugen.

Mit der Versicherung der vorzuziehenden Hochachtung  
Gen. Müller, Generalintendant.

Aufruf

an die Betriebsräte, Gewerkschaften usw.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgenden Aufruf:

Die drei unterzeichneten Minister fordern die Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Gewerkschaften, Ortskartelle und Konsumvereine Sachsens auf, für Sonntag, den 21. d. Mts. eine Konferenz zu bezeichnen durch Delegierte ihrer Organisationen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Arbeit und Ernährung der werktätigen Massen sichergestellt werden. Die unterzeichneten Minister wollen alle Maßnahmen mit den notleidenden werktätigen Schichten sachverständig beraten. Die Konferenz beginnt vormittag 11 Uhr im Volksbause zu Chemnitz, Zwickauer Straße 152.  
Gen. Georg Graupe, Arbeitsminister.  
Fritz Gohert, Wirtschaftsminister.  
Paul Wötcher, Finanzminister.

Der sächsische Zivilkommissar ernannt.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Ernennung des Zivilkommissars für den Wehrkreis 4 nunmehr vollzogen. Ernannt wurde der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Neter aus Zwickau.

Die Gewerkschaften fordern Goldwährung.

Die Bundesvorstände der freien gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen traten gestern zu einer gemeinsamen Aussprache über die wirtschaftliche Lage zusammen. Die Reichsregierung war durch mehrere Referenten vertreten. In einer Ansprache betonte der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Verwert, daß die heutige Forderung eine Währung an die Regierung, aber auch eine Währung zur Disziplin an die breiten Massen bedeuten solle. Die Gewerkschaften hätten die Pflicht gehabt, eine Nebenregierung zu errichten, sondern hätten nur Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse eingebracht. Die einzelnen Redner kritisierten die Wirtschaftslage und die Finanz- und Währungsreform. Wenn sie sich auch etwas

Sachlichkeit bestreiteten, so konnten sie doch mitunterhin...  
In einer Entschiedenheit wird u. a. erklärt, daß nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen den öffentlichen Zusammenbruch verhindern können. Die Bundesauswärtige fordern die schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung für das ganze Volk. Unversöhnlich mühen Presse und Bühne auf die gleiche feste Währungsbasis gestellt werden. Weitere harte Ausgaben mühen vom Volk erhoben werden. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderung nach Erhöhung von Sachwerten. Zum Schluss wird angekündigt, daß dem Versuch, den achtundzwanzigsten Tag zu befehlen, nach wie vor entschlossener Widerstand entgegengeleitet werden müsse.

### Der „Vorwärts“ zur sächsischen Politik.

Der „Vorwärts“ erklärt, in Sachsen seien die Wähler sich einer Verständigung durchaus ergeben. Das Reich müsse jedoch zeigen, daß es die Bekämpfung will; es dürfe nicht einem militärischen Befehlshaber gestatten, alle Möglichkeiten zu ihr zu verschütten. Mit dem Vorhaben gegen Sachsen erreiche man, daß sich mit jedem Tage die Zahl der Sozialdemokraten vermehre, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sein werde. Zu ihnen gehörten nicht nur jene Parteigenossen, die von Anfang an von einem Vordereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihn mit aller Entschiedenheit eingesetzt haben. Es sei notwendig, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß man der sozialdemokratischen Partei nicht zumuten dürfe, sie solle Dinge bedenken, die sie durchaus nicht bedenken könne.

Die erweiterten Ortsverbände sämtlicher freigeberischer Arbeiter, Beamtenorganisationen von Groß-Berlin beschäftigten sich gestern u. a. mit der Lage in Sachsen. Es wurde eine Entschiedenheit angenommen, die für den Fall eines bemächtigten Vorgehens gegen das sächsische und thüringische Proletariat die Proklamierung des Generalstreiks in Aussicht stellt.

### Die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz.

Am Dienstag sind zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien die abschließenden Besprechungen über das Arbeitszeitgesetz aufgenommen worden, die gestern vormittag fortgesetzt wurden. Daneben liefen Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Die vorläufigen Ergebnisse dieser Beratungen bildeten sodann den Gegenstand einer Sitzung der Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Im Mittelpunkt der Besprechungen steht die Erkenntnis, daß die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit in erster Linie unter dem Gesichtspunkte einer erhöhten Produktivität des Arbeitsprozesses überhaupt geregelt werden müßte. Man nahm in parlamentarischen Kreisen an, daß es im Laufe des Tages gelingen werde, einen Weg zu finden, auf dem sich auch die Sozialdemokratie mit den anderen Parteien verständigen könne.

Die Verhandlungen des Reichstags, in der das Arbeitszeitgesetz zur Verhandlung kommen soll, ist für Dienstag nächster Woche vorgesehen. Man rechnete darauf, daß sich eine weitere Verschiebung vermeiden lassen werde.

### Die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.

Der gestrige Tag stand im Zeichen der Aufnahme der Arbeit der Kohlen- und Eisenbahnbeamten im Ruhrgebiet. Die Aufnahme der Arbeit auf den Fernsprechnetz- und Telegraphennetzen in Essen erfolgte gestern mittig. Die Aufnahme der Arbeit selbst kann aber erst in einigen Tagen erfolgen, da vorher noch größere Ausschleusungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Die Fernsprechnetze in Dortmund, Wülfrath und Duisburg begannen gestern gleichzeitig mit der Arbeit. Nachdem die Bergarbeiter bereits vor einiger Zeit die Förderung wieder aufgenommen haben, haben jetzt die Eisenbahn- und Kohlenbeamten den Beweis ihres Willens zum Wiederaufbau des Ruhrgebietes gegeben. Die Hauptträger des passiven Widerstandes haben sich nach schweren, opferreichen Monaten im Einklang mit den Richtlinien der Reichsregierung den Notwendigkeiten der Stunde nicht verschlossen.

### Der deutsche Geschäftsträger von Poincaré empfangen.

Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Bösch, wurde gestern mittig von Poincaré empfangen. Die Besprechung dauerte ungefähr dreiviertel Stunden. Ueber die Unterredung des deutschen Geschäftsträgers v. Bösch mit dem Ministerpräsidenten Poincaré ist der „Vorwärts“ keine Mitteilung gemacht worden. Der „Temps“

schreibt darüber, der deutsche Geschäftsträger habe dem französischen Ministerpräsidenten seine ziemlich umfangreichen Instruktionen mitgeteilt. Nach Beendigung der Audienz sei keine Mitteilung gemacht worden. Die französische Politik sei übrigens öffentlich wiederholt begründet worden in Erklärungen, die die Regierung nur aufrecht erhalten könne.

### Belgiens Meinung über die Kohlenfrage.

Die „Agence Belge“ teilt mit: Der deutsche Geschäftsträger sprach gestern im Ministerium des Innern vor, wo er dem Minister Jaspars mitteilte, die deutsche Regierung habe den Eisenbahnern Weisungen erteilt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er fügte hinzu, die wirtschaftliche Lage Deutschlands mache die Erhebung der Kohlensteuer unmöglich und die deutsche Regierung würde die größten Schwierigkeiten haben, den Industriefabriken die Kohlen zu beschaffen, die sie Belgien liefern würden. Der Minister antwortete, diese Forderung gehe die deutschen Industriefabriken und ihre Regierung an, und Belgien werde die ihm gelieferte Kohle auf keinen Fall beschaffen.

### Strige französische Aufnahme der deutschen Maßnahmen.

Der Pariser „Temps“ erklärt heute, durch die Besetzung der Ruhrgebiete, durch die Aufhebung der Kohlensteuer und schließlich durch die Belagerung der deutschen Regierung, Sachleistungen zu beschaffen, werde der Kampf, der angeblich durch die Einführung des passiven Widerstandes beigesteuert sein sollte, auf einem Gebiet wieder aufgenommen. Der „Temps“ irrt. Die aufgeschobenen Maßnahmen sind nichts anderes als der Ausdruck des inzwischen vollzogenen Preisausgleichs zwischen In- und Ausland einerseits und der unter dem Rubriknamen „Willa“ zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft andererseits. Der Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und die dringende Notwendigkeit, eine Stabilisierung der Währung zu versuchen, machen der deutschen Regierung eine Wiederaufnahme der Sachleistungen unmöglich. Da die weltweite Angleichung der in- und ausländischen Preise die zur Verhinderung eines Pumpings auf den ausländischen Märkten geschaffte Ausfuhrabgabe überflüssig gemacht hat, so hat die deutsche Regierung jetzt die Ausfuhrabgabe aufgehoben, um so mehr, als man erwarten darf, daß der ernste Versuch der deutschen Regierung, eine Stabilisierung der Währung herbeizuführen, diesen Preisausgleich zu einem dauernden machen wird. Die Aufrechterhaltung der Kohlensteuer war nur so lange möglich, als sich die inländischen Selbstkosten erhöht und dauernd unter dem Weltmarktpreis hielten. Nachdem jene seit längerer Zeit den Weltmarktpreis erreicht und teilweise überschritten haben, ist es unmöglich, den an sich schon hohen Kohlenpreis noch mit der Kohlensteuer zu belasten; die deutsche Industrie würde sonst infolge eines unentrichtlichen Kostenpreises zum Erliegen kommen müssen.

### Unterstützung durch die Internationale Arbeiterhilfe.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die kleinere Geschäftslitung der Internationalen Arbeiterhilfe beschlossen, ein großzügiges Hilfswerk zugunsten der in Deutschland notleidenden Arbeiterkinder, Arbeiterfrauen, Arbeiter, Sozial- und Kleinrentner einzuleiten. Es sind bereits Aufträge in England, Frankreich, Skandinavien, der Schweiz und anderen Ländern erteilt. Die ersten Beträge sind der Internationalen Arbeiterhilfe zu diesem Zweck übermittelt worden. Die Internationale Arbeiterhilfe hat beschlossen, entweder allein oder in Gemeinschaft mit verwandten Organisationen in Berlin und anderen besonders von der Not betroffenen Städten Kinderheime und Speisehäuser für ertrottelte Arbeiter und Arbeiterinnen einzurichten. In Berlin sollen bereits am 25. d. M. die ersten Maßnahmen ausgeführt werden. Die Internationale Arbeiterhilfe hat weiter beschlossen, der sächsischen Regierung für Kinder der Arbeitelosen und ähnliche verarmte Bevölkerungsschichten vorläufig 2000 Tonnen Roggen zur Verfügung zu stellen mit der Ermächtigung, diese Tonnen nach Ermessen und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse an die erwähnten Gruppen zu verteilen.

### Unruhen und Plünderungen.

Dresden. In verschiedenen Straßen wurden Dienstag und Mittwoch Mühlensbrotwagen, die an hiesige Händler das Brot liefern, vollständig ausgeplündert. Die Brotkäufer wurden gezwungen, die Verteilung der Brote ohne Bezahlung gewähren zu lassen. Auf der Wettiner-Straße gelangten hierdurch Frauen in den Besitz von zwei und mehr Broten. Auch die Brotkassette nahm man in einem Falle dem Kutscher weg.

Stetzig. Der Wittmoos verließ in Begleitung ruhig. Das energische Eingreifen der Polizei am Dienstag, die überall dort rüchloslos von Kettenschleife und Gummihandwerk Gebrauch machte, wo die angefallenen Menschen sich nicht zerknechten wollten, hat schenbar seine Wirkung auf die rabaulstigen Elemente nicht verfehlt. Zwar waren in den frühen Vormittagsstunden immer noch kleine Trupps auf dem Rohlplatz zu beobachten, bei denen hauptsächlich Frauen das Wort führten, aber diese kleinen Ansammlungen lösten sich sehr bald auf. Es kam dann im Laufe des Tages zu keinerlei Unruhen.

Blauen. Die Lebensmittelunruhen, die vorgestern zu Zusammenstößen zwischen Erwerblosen und Polizei führten, fanden gestern ihre Fortsetzung. Die Polizei mußte von der Hebrasse Gebrauch machen. Auch gestern wurden Lebensmittelgeschäfte betrogen. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Berlin. Tausend hiesiger Hilfsmittel sind in der gestrigen Vormittag vollkommen ruhig verlaufen. Die Vorgänge des Dienstag haben sich nicht wiederholt. Die Kundgebungen der Arbeitelosen vor dem Berliner Rathaus führten zur polizeilichen Festnahme von 84 Personen. Diese sind von der polizeilichen Polizei genommen und sodann zum größten Teil (77 an der Zahl) wegen Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Verstoßes gegen das Versammlungsverbot dem Richter vorgeführt worden.

Köln. Wie jetzt bekannt wird, sind bei den letzten Unruhen in der Stadt und ihren Vororten etwa 70 Personen, darunter eine große Anzahl Jugendlicher, von der Polizei verhaftet worden. Die Zahl der Verhafteten steigt noch nicht genau fest, da sich einige sofort entzogen. Von den in den Krankenhäusern liegenden Schwerverletzten sind eine Frau und ein 13-jähriger Junge inswischen verstorben.

Hamburg. Nach den Unruhen in der Stadt sind vorgestern in Heide (Holstein) infolge der Verhaftung des Führers der dortigen Kommunisten zu Unruhen. Gegen 11 Uhr wurde versucht, den Verhafteten gewalttätig aus dem Amtsgerichtsgefängnis zu befreien. Zwei mit Revolvern bewaffnete Kommunistentrupps drangen in die innere Stadt ein und forderten die Freilassung des Führers. Auf die Ablehnung dieses Annehmens feuerten die Kommunisten eine Salve ab, worauf sich die Beamten in den Gefängnishof zurückzogen. Von dort aus wurde das fortgesetzte Feuer der Kommunisten mit Revolvergeschüssen erwidert, auch die zweite Kommunistenabteilung griff mit Gewehrfeuer in die Schützei gegen das Gefängnis ein. Als die Kommunisten den Widerstand der beschützten Überwachungsbeamten, Helften sie das Schießen aus Entfernung eines Juges Schusspolizei ein.

Der bayerische Generalstaatskommissar verbietet die Zugehörigkeit zu einem Selbstschutzverband.

München. Das Rott-Büro Hoffmann meldet amtlich: Durch eine Verordnung des Generalstaatskommissars vom 16. Oktober 1923 wird Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschutzverband oder ähnlichen Einrichtungen der NSD, oder der SPD, auch außerhalb Bayerns verboten und die Teilnahme an Versammlungen, Versammlungen oder Zusammenkünften solcher Verbände oder Einrichtungen untersagt. Zusammenhandlungen werden mit Gefängnis bestraft; daneben kann auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden.

### Kommunistisch-sozialistische Regierung in Thüringen.

Weimar. In der gestrigen Sitzung des Thüringischen Landtages gab die neue thüringische Staatsregierung folgende Regierungserklärung ab: Die Regierung Thüringens ist eine Regierung der republikanischen Verfassung, und ihre Ziel ist die Abwehr der faschistischen Gefahr, die die Tätigkeit und so gar das Leben der arbeitenden Massen bedroht. Sie ist eine Regierung des Kampfes gegen die Forderung: Nie aber mit dem Marxismus! Der im Reich erklärte Ausnahmezustand richtet sich in seinem eigentlichen Sinn gegen die wertvolle Bevölkerung und besonders gegen die in Thüringen lebenden Arbeiter und Bauern. Die Großkapitalisten haben die Offensive gegen die Arbeiterklasse ergriffen und durch das Ermächtigungsgesetz zum vorläufigen Abschluß gebracht. Die Folgen des imperialistischen Politik sollen auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden. Die neue thüringische Regierung fühlt sich in erster Linie als Beschützerin der ausgedehnten Massen. Ihre besondere Sorge gilt dem Wohle aller proletarischen Schichten. Sie wird beim Weiche dahin wirken, daß als erster Schritt zur Besserung der Lage die wirkliche Erhaltung der Sachwerte, als zweiter das Handelsmonopol nach russischem Muster eingeführt wird. Sie wird sich ferner einsetzen für eine wirksame

### Angelas Heirat.

Roman von L. G. Moberly.

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Oh, meine Mutter,“ rief Angela, „es gibt überhaupt keine zweite wie sie!“  
Und der alte Herr, dem sie ihr erregtes Gesichtchen zuwandte, dachte bei sich, wenn dieser Mädchensnospe Gelegenheit gegeben würde, sich in der richtigen Umgebung zur Blüte zu entfalten, dann würden auch bei ihr Schönheiten zutage treten, die jetzt erst angedeutet waren. Die grauen Augen, die so offen zu ihm aufschauten, waren tief und klar, und die Linien der Sorge, die um sie eingegraben waren, konnte ein glücklicheres Leben vielleicht wieder wegwischen. Ihre schlante Figur war grazios und blegam, Stirn und Mund verrieten Energie und Charakter. Sie war sehr fehn und viel magerer als ein Mädchen in ihrem Alter sein sollte, und des Justizrats kluges, aber etwas strenges Gesicht wurde immer weicher, während er sie anschaute.

„Ich fürchte,“ sagte er dann, „Sie werden die Bedingung, unter der Herr Kästner Ihnen das Geld hinterläßt, noch merkwürdiger finden, als die Gründe, warum er es Ihnen zugebacht hat. Wie Sie wissen, soll das Vermögen zwischen Ihnen und seinem Verwandten, Herrn Erich Martens, geteilt werden.“

„Ja,“ versetzte Angela rasch, „das erfah ich aus Ihrem Brief, aber es war mir ganz unverständlich.“  
„Nun,“ fuhr der Justizrat fort, „das hängt mit der Bedingung zusammen, und diese einzige Bedingung, die Sie beide zu erfüllen haben, ist die — daß Sie sich — und zwar vor dem ersten Oktober dieses Jahres — miteinander verheiraten!“

Angela sprang mit einem leisen Schrei von ihrem Stuhl auf, aber Doktor Grüning sprach weiter:

„Wenn einer von Ihnen sich weigert, oder wenn Sie beide sich weigern, der Bedingung nachzukommen, so fällt das ganze Vermögen an die Anstalten, die Herr Kästner in seinem Testament nachsicht macht, und weder Sie noch Herr Martens erhalten auch nur einen roten Heller.“

Mindestens eine halbe Minute nach dieser Rede des Justizrat war das Schweben, das in dem düsteren Privatbureau herrschte, ein so tiefes, daß das Hallen einer

Stednadel als aufdringlicher Wärm empfunden worden wäre.

Angela wurde abwechselnd rot und blaß, und ihre weitgeöffneten Augen starrten Doktor Grüning mit geradezu entsetztem Erschaunen an.

„Herrn — Martens — heiraten!“ stammelte sie endlich. „Einen ganz fremden Menschen! Aber das ist ja unmöglich! Wie könnte ich so etwas tun? Nein, nein, das ist ganz, ganz unmöglich!“

„Ich hoffe nicht, ich hoffe, Sie überlegen sich's noch mal und überlegen nichts, liebes Fräulein,“ meinte der Justizrat freundlich. „Ich glaube ja schon, daß Ihnen die Sache augenblicklich als eine schreckliche Zumutung erscheint, aber Sie werden sich an den Gedanken gewöhnen, und dann haben Sie vielleicht eine ganz andere Meinung darüber. Also überlegen Sie nichts!“

„Ich würde wirklich nicht, wie ich niemals anders darüber denken sollte,“ erklärte das Mädchen langsam, während die Farbe in ihrem Gesicht immer noch kam und ging, „es ist ganz unmöglich, daß es mir jemals einfallen könnte, Herrn Martens zu heiraten. Ich habe ihn noch nie gesehen, er kennt mich nicht, und ich ihn nicht. Wie könnten wir uns heiraten? Es ist ganz undenkbar!“

Und als sie die letzten Worte sprach, sprang sie auf und schob ihren Stuhl zurück, als wolle sie damit dem Justizrat zu verstehen geben, die Unterredung sei zu Ende.

„Nun einen Augenblick,“ bat der alte Herr in gütigem Ton, denn er begriff das Erschaunen und die Erregung des Mädchens wohl. „Nun einen Augenblick! Nichts überstürzen, mein liebes Fräulein. Wir wollen die Sache mal ganz in aller Ruhe besprechen, ehe Sie sich endgültig entschließen, die Bedingung des Testaments anzunehmen oder zu verwerfen.“

„Es hat wirklich keinen Zweck, Herr Justizrat, ich werde es nie über mich gewinnen können, auf die Bedingung des Herrn Kästner einzugehen,“ versetzte Angela stolz. „Wie könnte ein Mädchen, das nur ein bloßen Selbstachtung besitzt, sich zu einem solchen Schritt entschließen? Einen Mann heiraten, den man noch nie gesehen! Noch nicht einmal seinen Namen kannte ich, bis ich gestern Ihren Brief erhielt, es ist unerhörte, von mir zu verlangen, daß ich ihn heiraten soll. Nein, ich bin arm, Herr Justizrat, sehr arm sogar, aber ich gebe mich nicht dazu her, mich zu verkaufen!“

Wieder stieß sie ihren Stuhl zurück und erhob sich, aber Doktor Grüning beugte sich vor, und indem er seine Hand auf ihren Arm legte, drückte er sie mit sanfter Gewalt wieder auf ihren Sitz.

„Warten Sie noch einen Augenblick, liebes Kind,“ bat er in warmem väterlichen Ton. „Hören Sie mich geduldig an. Ich begreife sehr wohl, daß die Zumutung Sie im ersten Augenblick verletzt, und daß Sie gar nicht über die Sache nachdenken mögen. Aber es ist meine Pflicht als Rechtsanwalt und auch als Ihr wohlmeinender Freund, liebes Kind, Sie vor einer Ueberleitung zu bewahren. Jedes Ding hat zwei Seiten.“

„Dieses nicht, Herr Justizrat. Hier gibt es nichts zu überlegen,“ fiel Angela ein, und die Rote der Entrüstung färbte ihre blassen Wangen.

„Doch, mein Kind, auch dieses,“ fuhr Grüning ruhig fort. „Sie werden mich in Ihren jugendlich romantischen Anschauungen für einen geldgierigen, materielle alten Kerl halten, aber ich wiederhole es Ihnen, jedes Ding hat zwei Seiten, auch dieses, ja, dieses ganz besonders, denn es handelt sich hier um einen Entschluß, der über Ihr ganzes Leben entscheidend ist. Sie sind jetzt noch jung und meinen vielleicht, des Reichtums nicht zu bedürfen, aber glauben Sie mir, im Alter drückt die Armut viel, viel schwerer als in der Jugend.“

„Ich kann arbeiten,“ rief Angela trotzig. „Ich brauche mich nicht für ein Vermögen zu verkaufen. Ich verdiene, was ich brauche!“

„Und genügt Ihr Verdienst auch, um etwas für die Zukunft zurückzulassen?“ fragte der Justizrat.

Angela zuckte zusammen. Die Frage hatte getroffen. Ihr armseliger Gehalt reichte kaum für das Notdürftigste, an Sparen war nicht zu denken, darüber war sie sich ja erst gestern wieder einmal klar geworden. Aber sie ließ sich nicht einschüchtern, ihre grauen Augen bligten den Rechtsanwalt noch genau so herausfordernd an wie vorher.

„Ich werde mit der Zeit bessere Stellungen finden,“ sagte sie, „und dann werde ich auch sparen können, aber wenn es auch nicht der Fall sein sollte, ich werde mich niemals entschließen, einen Mann zu heiraten, dessen Namen ich gestern zum erstenmal gehört habe. Wieder will ich verheiraten.“

Kontrolle der Produktion, für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftens und die Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen. Mit allen Mitteln wird sie gegen Kontrollmaßnahmen anfangen und die Tätigkeit von Kontrollkommissionen im Rahmen der Reichsregierung durchzuführen. Alle Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitlosen werden von ihr kräftig gefördert werden. Es ist ihr fester Wille, Thüringen als Bestandteil der deutschen Republik zu erhalten. Sie tritt ein für die Abwehr der verfassungswidrigen Minderkabinette; die Grundlagen der Reichs- und Landesverfassungen müssen unerschütterlich zur Geltung gebracht werden. Die Erfüllungsgewalt wird bei den Behörden liegen, die nach den Anweisungen der Regierung handeln sollen. In ihren Bestrebungen führt sich die thüringische Regierung eng verbunden mit der Regierung Sachsens und der gesamten wertvollen Bevölkerung. Sie führt sich besonders an alle Organisationen des arbeitenden Volkes und auch an dessen Schutz- und Kampforganisationen. Sie wird bestrebt sein, die Staatsbetriebe von allen nicht auf dem Boden der Republik stehenden Elementen zu säubern, und alle Gewerkschaften zu bekämpfen. Die Polizeibehörden werden verhaftet. In erster Linie steht die Erhaltung des Reiches und neuerdings der Bestrebungen nach großkapitalistischer Tätigkeit die Errichtung eines Festlandes für eine Arbeiterregierung in Deutschland.

### Zagegeschichte.

Am die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes. Der gestrige Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes über die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes ist noch getreu von dem Abgeordneten Hermann Müller (Franken) dem Reichspräsidenten und dem Reichsfiskus mitgeteilt worden. Das Reichskabinett soll getreu abend zumengetreten sein und sich mit dem sozialdemokratischen Entschluß beschäftigt haben.

Der Großbritanniische Botschafter wieder in Berlin. Der britische Großbritanniische Botschafter Lord D'Abernon ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

### Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 18. Oktober 1923.

— \* Rücktransport der Ruhrkinder. Vom Landw. Bezirksverband wird uns mitgeteilt: Die von uns im hiesigen Bezirk der Amtshauptmannschaft unterbrachten Ruhrkinder werden Montag, den 22. Oktober, wieder zurücktransportiert. Der Transportzug verläßt 4.15 nachmittags Lempertswalde, trifft 4.30 in Großenhain ein und berührt die Stationen Orlitzwitz 4.58, Weisig 5.14, Langenberg 5.26 und Riesa 5.40. Die Kinder sind jeweils Vorkontrollprüfung mindestens 1 Stunde vor Abgang des Zuges an die Station zu bringen, wo sie feierlich empfangen und in Empfang genommen werden sind. Für die in Großenhain einsteigenden Kinder kommt als Sammelstelle der Sachsenhof in Frage. Eintreffen des Zuges spätestens 3 Uhr nachmittags. Den Kindern ist für mindestens 2 Tage Verpflegung mitzugeben. Weiterhin sind den Kindern die roten Karten, die sie bei der Ankunft umhängen hatten, wieder umhängen und mitgeben.

— \* Der Verein für Kunst- und Kulturpflege hielt gestern im Sitzungssaal des Volkshauses seine Jahresversammlung ab. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig. Die Versammlung wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Professor Peinrich über Kunst- und Kulturpflege. Der Redner berichtete zunächst über den feierlichen in welchem gehaltenen Volkshausfeierabend in und gab hierbei interessante Auszüge aus den dort von bereitem Munde gehaltenen Vorträgen, die die Frage der Kunst- und Kulturpflege behandeln. Des weiteren wurde sodann in ausführlicher Weise auf Grund erörterter Beispiele die Frage behandelt, wie erleben wir die Bevölkerungsschichten, denen in früheren Jahren die Einführung in die künstlerischen Bestrebungen verweigert geblieben ist. Redner sprach von den Zielen der Volkshochschulen. Vor allem mühten sich die Deutschen anzuheben, sich eine Kultur zu schaffen. Statt der Auflösung müße Verbindung geschaffen werden. Der Künstler gehöre hinein in die Industrie, er dürfe nicht in einsamen Kellern verkrüppeln. Die Erziehung zum Kunstgenießen dürfe nicht nur durch Reden geschehen, die Kunst solle erlebt werden. In jeder Schöpfung liege ein gewisses Mysterium. Redner erläuterte hierbei die Einführung der beiden Denkmäler für die Gefallenen in Riesa und Weisig. Er besprach sodann das räumliche Leben und nannte als Beispiele das Innere unserer Kloster- und Zerstreuungskirche. Auch das farbige Bild bei der Kunst- und Kulturpflege von ungeheurer Macht. Wir hängen vor einer Fülle neuer Aufgaben. Die Kunst sei kein Luxus, man lebe in ihr die Lebensfähigkeit des Menschen, sie sei die seelische Entwicklung eines Volkes. Die Steigerung des Kunstsinnes könne uns einen Einblick geben in das seelische Leben. Der Vortragende erwähnte die in Dresden und Leipzig durchgeführten Volkshochschulversuche, durch deren Erfolge die Richtlinien gegeben worden seien. Zwar habe hier die Mehrheit der Teilnehmer Gemeindeglieder angehört, die mit der künstlerischen Anschauung in engerer Fühlung stehen. Ob eine solche Einführung in der Arbeiterwelt der Schwerindustrie zu ermöglichen sei, glaubte Redner bezweifeln zu müssen. Man müsse aber versuchen, diese Kreise zu rufen, um die inneren Kräfte frei zu machen. Eine wirkliche tiefe Erziehung zur Kunst könne aber nur durch jahrelange planmäßige Übung in der Schule erzielt werden.

Der 1. Vorsitzende, Herr Dr. Horn, dankte Herrn Professor Peinrich für seine interessanten Ausführungen. — Nach kurzer Aussprache wurde die Tagesordnung erledigt. Herr Dr. Horn erläuterte den Geschäftsbericht und gab hierbei einen Überblick auf die Veranstaltungen im vergangenen Vereinsjahr. Nach Vortrag des Rechnungswertes wurde die geprüfte Rechnung richtiggelesen und dem Kassierer, Herrn W. A. L., Entlastung erteilt. Als Vorsitzender wurde Herr Dr. Horn, Gräbe, einstimmig wiedergewählt. Als stellv. Vorsitzender wählte die Versammlung, da Herr Professor Peinrich geblieben hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen, Herrn Endlich, Klemm (Eisenwerk). Die übrigen Vereinsämter verblieben in den bisherigen Händen. In den Gesamtvorstand wurden neu berufen die Herren Endlich, Schulz und Schumann-Gräbe. Als Jahresbeitrag soll der sofort zu zahlende Gegenwert des ab 20. Oktober gültigen 8fachen Fernspreispertes erhoben werden. Die Stellung für fürsprecherische Mitglieder wird in der bisherigen Weise beibehalten. Bei Festlegung des Winterprogramms teilte der Vorsitzende mit, daß man sich zunächst mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage Beschränkung auferlegen müsse. Es seien vorläufig geplant: eine Vortragsreihe über Bodenreform und Siedlung, 2 Vortragsreihen in Riesa und Gräbe über Literatur, Vorträge über moderne Dramatik und ein Vortrag über Wirtschaft und Währung. Einige aus der Mitte der Versammlung vorgebrachte Wünsche sollen nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Mit der Bitte um rege Unterstützung der Bestrebungen des Vereins schloß der Vorsitzende die Versammlung.

— \* Schaffung eines neuen Anleihegesetzes. Das Gesamtministerium hat am 16. Oktober beschloßen, dem Landtage den Entwurf eines neuen Anleihegesetzes gegeben zu lassen, der sowohl eine Erhöhung der subventionierten wie der schwedischen Schuld des Staates vorzieht. Die Mittel sollen im wesentlichen zum weiteren

### Heutiger Dollarkurs (amt.): 8 180 400 000 M.

Bernspruchmeldung, ohne Gewähr.

Ausbau der verbenden Anlagen des Staates verwendet werden.

— \* Die Ministerialräte Dr. Müller und Schmidt sind in den einflussreichen Rubelmarkt verkehrt worden, weil beide dem Ministerpräsidenten erklärt haben, daß sie bei der politischen Zusammenfassung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein erprobtes Weiterarbeiten glauben können.

— \* Finanzminister Böttcher und Wirtschaftsminister Becker sind zu Mitgliedern des Reichsrats ernannt worden.

— \* Eine Milliarde Spende. Durch die Vermittlung der Schwedischen Verlegerin Annie Wall ist dem Bunde der Arbeitervereine, Landesverband Sachsen, seitens des Schwedischen Roten Kreuzes eine Spende in Höhe von 200 Millionen ausgeflossen, die zur Vinderung dringender Not Verwendung finden wird.

— \* Die neuen Briefmarken. Der neue Posttarif, der am 20. Oktober in Kraft tritt, bringt neue Postzeichen zu 4, 10, 20, 30, 50 und 100 Millionen Mark. Sie haben, wie die 1- und 5-Millionenmark-Posten, in der Mitte einen federartig gerahmten Kreis, in dem sich die Preiszahl befindet. Der Leberdruck auf kleine Werte wird eingeleitet.

— \* 184. Sächsl. Landeslotterie. Die 1. Klasse wird am 24. Oktober gezogen.

— \* Für Militärrenten. Die sechs über die Mehrbeträge infolge Erhöhung der Wehrzahl auf 85000 für die Zeit bis 24. Oktober 1923 für Pensionäre, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen der ehemaligen Wehrmacht sind vom Reichsrentenamt dem Reichsrentenamt zugeleitet.

— \* Kartoffelabsperrungen. Das Wirtschaftsministerium hat gegen die Kartoffelabsperrungen von Ostpreußen und Schlesien sowohl beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wie beim Reichsheimwirtschaftsamt energische Vorstellungen erhoben. Auf diese Vorstellungen ist die Aufhebung der Absperrungen ausgesetzt worden.

— \* Mitteilung für Heeresrentenempfänger. Etwa 1500 Heeresrentenempfänger haben die ihnen zustehenden Gehälter für Oktober, die in den letzten Tagen des Septembers zahlbar waren, bei den Postämtern nicht abgeholt. Ganz abgesehen davon, daß hierdurch dem Versorgungsamt und den Postämtern eine unnötige arbeitsmäßige Mehrarbeit entsteht, wird die Auszahlung der Gehälter durch das Versorgungsamt erschwerend beeinflusst. Die Versorgungsberechtigten kommen also durch eigene Schuld in weiteren Besitz der Gelder. Es wird daher besonders darauf aufmerksam gemacht, daß alle Versorgungsberechtigten, die nicht beurlaubt sind, sich ihren Gelder durch Briefträger ins Haus gebracht oder daß ihre Werte auf Postcheck-, Post- oder Sparfahrscheine überweisen werden soll, ihre Werte auf dem zuständigen oder von ihnen bezeichneten Postamt abholen müssen.

— \* Beschäftigung Kriegsrentenempfänger. Durch das Arbeitsministerium ist bereits vor etwa zwei Jahren angeordnet worden, daß bei Entlassung von Arbeitskräften auf Kriegshinterbühnen erst in letzter Linie auszukommen ist. Im Hinblick auf die wachsende Schwierigkeit, die durch Kinder in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkten Kriegswitwen im Erwerbslosenleben unterzubringen, hat das Arbeitsministerium jetzt weiter angeordnet, daß bei der Einstellung von Arbeitskräften Kriegswitwen bevorzugt zu berücksichtigen sind, wenn mehrere Bewerberinnen gleicher Güte vorhanden sind.

— \* Zum sächsischen Schulbau. Auf seiner letzten Tagung beschäftigte sich der Vorstand des Deutschen Pädagogenverbandes mit dem Schulreformplan der sächsischen Regierung, die auf eine völlige Enttümmerung des höheren Schulwesens hinausgehen. Es wurde dazu folgende Entschloßung angenommen: 1. Wir bestreiten, daß für den geplanten radikalen Umsturz des sächsischen höheren Schulwesens eine genügende Notwendigkeit vorliegt. 2. Wir verlangen, daß die notwendige Reform des sächsischen höheren Schulwesens sich organisch auf dem Bestehenden aufbaut und nicht leichtfertig bewährtes und unentbehrliches Bildungsgut beseitigt wird. 3. Wir sind der Überzeugung, daß den berechtigten Forderungen der Erziehung zum Volksganzen, des sozialen Ausgleichs und eines fundamentalen Unterrichts vollkommen auch im Rahmen des bestehenden Schulwesens Genüge geschehen kann. 4. Wir fordern, daß, wenn es zu einer durchgreifenden Neugestaltung des höheren Schulwesens in Sachsen kommt, bei der Vorbereitung die Fachleute der höheren Schule entscheidenden Einfluß erhalten und auch der Elternschaft genügende Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

— \* Mieten nach dem Friedensstand. Das Reichskabinett hat kürzlich die Verhältnisse auf dem Gebiet des Wohnungswesens erörtert. Dabei ging es vornehmlich um die Frage, ob eine Gesundung der Verhältnisse nur herbeigeführt werden kann, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, die Reparaturen und den Wohnungsbau wieder aus den einkommenden Mieten zu finanzieren. Deshalb sollen die gegenwärtigen Mieten allmählich wieder auf den Stand der Friedensmieten gebracht werden. Die Regierung glaubt, im Laufe eines Jahres diese unumgängliche Maßnahme durchführen zu können. Der vorhandene Mietrückstand soll bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden. Seine Aufgabe wird sein, einem Wohnungswunder vorzubeugen. Das Kabinett beabsichtigt, die zu erwartenden Einnahmen im wesentlichen zum Bau neuer Wohnungen zu verwenden. Deshalb sehen die neuen Richtlinien nur die Deckung der Kosten vor, die dem Hauseigentümer durch die Vornahme von Reparaturen und Ausbesserung der Verwaltung entstehen. Diese Bestimmung bedeutet einen Zwang für den Hauseigentümer, Reparaturen vorzunehmen zu lassen. Außerdem wird dem Hauseigentümer eine Risikoprämie gewährt. Der wesentliche Rest des Mieteneinkommens fließt in die Kasse des Reiches, der Länder und der Gemeinden und wird zu einem Fonds vereinigt. Er soll dem Bau neuer Wohnungen dienen. Die Wohnungsbauabgabe, die heute völlig unrentabel geworden ist und gegenwärtig kaum 50 Prozent der Einziehungskosten deckt, fällt ganz weg.

— \* Bahnbau. Wegen der Fortführung des Bahnbau- und Güterverkehrs hat sich der hiesige Stadtrat mit einem neuen Gesuch an die Reichseisenbahnverwaltung gewendet, doch ist darauf ein abschlägiger Bescheid eingegangen, da der Reichseisenbahn zurzeit keine Mittel zur Verfügung stehen.

— \* Bittau. Am Montag traten hier Gewitter auf, die eine merkliche Abkühlung mit sich brachten. In der Umgebung ging heftiger Hagel nieder.

— \* Chemnitz. Dem Beispiel anderer Großstädte folgend und weil man dort gute Erfolge erzielt hatte, entschloß sich die Chemnitzer Volksgemeinschaft, auch hier eine Devisenregie zu veranstalten. Sie lag in den Händen eines höheren Beamten und wurde zu gleicher Zeit von 3 Gruppen ausgeführt. Diese setzten sich aus Kriminalbeamten, solchen in Uniform und Beamten der beiden Finanzämter Ost und West zusammen. Außerdem nahmen noch Beamte der Postabteilung teil, um Ausländer auf die Wahlbestimmungen kontrollieren zu können. In den ersten Nachmittagsstunden setzte die Aktion in drei größeren Lokalen der Innenstadt

zur gleichen Zeit ein. Wie wir erfahren, ist die Sache nicht ganz schlecht gelaufen, denn es wurden englische Pfunde, Dollars, Lire und Franken beschlagnahmt. Ebenso wurden einige Fälle von Verträgen gegen die Vorkaufskriterien der Fremdenpolizei festgestellt. Die Betroffenen fügten sich all in ihr Schicksal, sobald keine Gewalt angewandt zu werden brauchte.

— \* Am Sonntag, den 14. Oktober haben kommunistische Hundertschaften zwischen Schneeberg und Aus Straßenpölkereien aufgeführt und nach in Ermahnung polizeilicher Bediensteter vier Arbeiter angehalten und nach Walfen durchsucht. Als diese sich wehrten, wurden sie mit Gummiknüppeln und Stabtruten geschlagen. Die Geschlagenen wurden hierauf von 50 Mann umringt, die aus der Nähe herbeieilten. Auch in der Stadt Aus selbst wurden patrouillierende kommunistische Hundertschaften beobachtet, die sogar eine stark besetzte Nachtwaide eingerichtet hatten.

### Gehaltsauszahlung an die Beamten.

Das Reichsfinanzministerium hat sich entschloßen, in Anbetracht der ungewöhnlichen Steigerung aller Preise auf dem Lebensmittelmarkt die für den 18. d. Mts. vorgesehene Zahlung an die Beamten und Staatsarbeiter zu verdoppeln. Demnach erhalten die Beamten am Donnerstag ein volles Oktobergehalt auf der Grundlage einer Wechsler von 70/100 abzüglich der am 1. Oktober geleisteten Zahlung. Am 1. Oktober haben die Beamten bekanntlich ihr Monatsgehalt auf Grund einer Wechsler von 70/100 erhalten. Gleichseitig wird am Donnerstag über die endgültigen Besätze für das dritte Oktoberviertel im Reichsfinanzministerium mit den Organisationen verhandelt werden.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. Oktober 1923.

Die L-Wart im Bankenverkehr.

— \* Berlin. Von den Banken ist heute die L-Wart (Tausend-Mark) anstelle der Ein-Mark im Rechnungswesen zur Einführung gekommen. Erst einige Wochen später soll zur Einführung übergegangen werden. Der deutsche Industrie- und Handelskongress befürwortete dringend diese Maßnahme und hat sich abzufügen und schließlich mit der Rechnung in Millionen Mark zu beginnen.

— \* Hauskassungen bei gewissen rechtsstehenden Verbänden.

— \* Königsberg. Vom Militärbehörden und dem Oberpräsidenten wird mitgeteilt: Auf Anweisung des Innenministers in Berlin wurden am 17. Oktober früh bei gewissen rechtsstehenden Verbänden Hauskassungen abgehalten. Die bei der Deutschnationalen Volkspartei, der Schriftleitung der Ostpreussischen Zeitung, dem Erntebund und bei verschiedenen Stellen des landwirtschaftlichen Verbandes vorgenommene Durchsuchungen waren durch die Anweisung nicht angeordnet. Sie geschahen ohne Kenntnis des Militärbehörden und des Oberpräsidenten.

— \* Hochbad spricht in München?

— \* München. Der aus der Leipziger Haft entlassene Hochbad wird am Freitag bei einer Feier der Hochbad-Abteilung München und des Deutschen Kampfbundes im Löwenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten. Auch Hitler wird sprechen.

— \* Der „Völkische Beobachter“ gegen Rahr.

— \* München. Der nationalsozialistische „Völkische Beobachter“ und das Kampfbundorgan „Heimatland“, die schon Tage verstanden waren, sind jetzt bei ihrem Wiedereröffnen voll von Angriffen an der Tätigkeit des Generalkonferenzkommissars von Rahr. Die Artikel dieser Blätter lassen sich in ihrer Grundtendenz dahin charakterisieren, daß die Abgabe an den von Rahr gesteuerten Kurs erneut in sachlich schärfer Form zum Ausdruck gebracht wird.

— \* Ollaktion für deutsche Künstler.

— \* Wien. Die Wiener Bärenkammer widmete der Ollaktion für deutsche Künstler und Schriftsteller 20 Millionen Kronen.

— \* Päpstliche Spenden.

— \* Rom. Der Papst über sandte den Kardinalen Bischofen von Köln und Breslau je 150 000 Lire zur Verteilung an Bedürftige ihrer Diözesen und zu dem gleichen Zweck dem Bischof von Münster 50 000 Lire.

### Eingefandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die Presseorgane, nicht die ideelle Verantwortung.)

Zu dem Eingefandt der Amtshauptmannschaft in Nr. 240 des „Nischer Tageblattes“ wird folgendes erwidert:

Der Herr Amtshauptmann verlangte am 13. vorigen Monats telefonisch die sofortige Unterzeichnung und Heberhebung der Einverleibungsverträge. Der Gemeindevorstand wies darauf hin, daß die Stadtgemeinde Riesa die Genehmigung der Verträge vom Jubiläum des Gemeindevorstandes abhängig gemacht habe und daß der persönliche Vertrag des Gemeindevorstandes noch nicht abgeschlossen sei, daß vielmehr für den 14. September eine Verhandlung zwischen dem Gemeindevorstand und dem Einverleibungsausschuß in Riesa anberaumt sei und danach vor Abschluß der Verhandlungen die Heberhebung der Verträge an der von Riesa gestellten vorgeschriebenen Bedingung scheiterte. Dem Herrn Amtshauptmann war jedoch das Vorbringen von Gründen und weiteren Ausführungen des Gemeindevorstandes ungenügend. Er (der Herr Amtshauptmann) ließ sich auf weitere Begründungen nicht ein, sondern sagte, als notwendig die Unmöglichkeit seines Verlangens vom Gemeindevorstand betont wurde: Das ist Ihre Angelegenheit, wie Sie das machen, jedenfalls verlange ich, daß die Verträge morgen früh in der Amtshauptmannschaft eingetragene werden, andernfalls ich das Tutzinverfahren gegen Sie einleite.“ Es sollten sonach Zwangsmaßnahmen gegen die Person des Gemeindevorstandes getroffen werden in einer Sache, die er weder nach dieser noch jener Richtung zu wenden bzw. zu beeinflussen in der Lage war; denn in der Nacht des Gemeindevorstandes lag es nicht, die Stadtgemeinde Riesa zur Aufgabe der gestellten Bedingung (Zustandekommen des persönlichen Vertrags des Gemeindevorstandes) zu bewegen. Der indirekte Erfolg der durch Androhung dieser Zwangsmaßnahmen erhofft wurde, sollte die Unterzeichnung des Privatvertrages des Gemeindevorstandes sein. Daß die Androhung des Tutzinverfahrens einen Zwang darstellt, wird wohl niemand bestreiten wollen.

Der von der Amtshauptmannschaft angebotene Zwang kann sich auch schon auf den Privatvertrag des Gemeindevorstandes beziehen, da die unterschriebene Heberhebung des Einverleibungsvertrages vom Gemeindevorstand niemals verweigert werden sollte, falls aber der Herr Amtshauptmann geglaubt haben sollte, daß der Gemeindevorstand die unterzeichnete Vollziehung des Tutzinverfahrens ortsgewis der Gemeinde Weisig verweigere, so dürfte diese Annahme nur auf den Bericht, den ihm zwei seiner Parteifreunde erstattet haben, zurückzuführen sein. Die unparteiliche Ausübung eines Amtes erfordert das Anhören beider Parteien. Pflicht des Herrn Amtshauptmann war es, vor Beurteilung der Angelegenheit auch den Gemeindevorstand von Weisig zu hören, denn eines Mannes Rede ist seine Rede, man muß sie hören, alle hoch.

— \* Schönlitz. Umwohn. Weisig.

### Broterbilligung für linderreiche Familien.

Bei der Ausarbeitung der Richtlinien für die Sicherung der Broterzeugung hat sich herausgestellt, daß eine Broterbilligung im ursprünglichen beabsichtigten Umfange mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unmöglich ist. Die Reichsregierung hat daher mit Zustimmung des Reichsrats bestimmt, daß die vorhandenen Mittel lediglich den bedürftigsten linderreichen Familien zu gute kommen sollen und zwar nach folgenden Richtlinien: Beihilfen zur Verbilligung des Brotes erhalten nur besonders bedürftige Haushaltungsvorstände linderreicher Familien und zwar, wenn der Vater noch lebt, für die vierten und weiteren Kinder, lebt der Vater nicht mehr, für die dritten und weiteren Kinder. Für Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, werden Broterbilligungen nur gewährt, wenn die Kinder nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Den auszahlenden Stellen bleibt es überlassen, statt Barzahlungen zu leisten, den Bedürftigen die Verbilligung auf andere Weise zuzumessen zu lassen. Die Beihilfe hat sich jedoch auf die Verbilligung der Broterzeugung zu beschränken. Die Broterbilligung darf für jedes zu berücksichtigende Kind in der Woche 40 Prozent des Wertes eines marktfreien Brotes von 4 Pfund Gewicht nicht übersteigen. Für Sachsen werden die Wohlfahrtsämter mit der Durchführung der Aufgabe betraut. Nach den Reichsrichtlinien sind nur Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern zu berücksichtigen. Die Länder können Ausnahmen von diesem Grundsatz zu Gunsten kleinerer Gemeinden mit vorwiegend industrieller Bevölkerung zulassen. Sachsen hat von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und die Verbilligung ausgedehnt auf Industriegemeinden bis zu 10.000 Einwohnern.

### Die sächsische Einkommensteuerverordnung bleibt bestehen.

Dresden, den 17. Oktober 1923.  
Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei schreibt: Wegen die auf Grund von Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung von der sächsischen Regierung am 8. 10. 1923 erlassene Verordnung über Erhaltung der Arbeitnehmer in den Betrieben wird von dem interessierten Arbeitsmarktes seit dem Tage ihrer Veröffentlichung Sturm gelaufen, sind doch bereits bei der Reichsregierung Anordnungen gegen die Verordnung erhoben worden, denen diese überhaupt ausgearbeitet war. Es wird versucht, die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung zu bezweifeln mit dem Hinweis darauf, daß diese Verordnung den Rahmen der in Artikel 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Maßnahmen überschreitet. Diese Ansicht ist völlig unbegründet. Die sächsische Verordnung über Erhaltung der Arbeitnehmer in den Betrieben widerspricht ebensowenig dem Artikel 48 der Reichsverfassung wie die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. 11. 1923 über Steuererleichterung und Vereinfachung im Besteuerungsverfahren.

Neuerdings glauben nun die Gegner der sächsischen Verordnung einen stichhaltigen Grund gegen deren Rechtmäßigkeit gefunden zu haben. Die Reichsverordnung vom 13. 10. 1923, die in der Hauptsache — worüber vielfach Unklarheit zu bestehen scheint — wesentliche Verstärkungen der Reichsverordnung vom 8. 11. 1920 betr. Maßnahmen gegen Betriebsabbau und Entlassungen beabsichtigt, enthält in dem Artikel 10 die Bestimmung, daß landesrechtliche Vorschriften für Betriebsstilllegungen z. B. außer Kraft treten. Dadurch meint man, es sei auch die sächsische Verordnung von rechts wegen außer Kraft gesetzt worden. Diese Auffassung ist entbehrlich der rechtlichen Grundlage. Allerdings werden durch die Reichsverordnung alle Vorschriften, wie die sächsische Anweisung an die Demobilisationskommissionen und Gewerbeaufsichtämter vom 10. 9. 1923 außer Kraft gesetzt. Die sächsische Verordnung über Er-

haltung der Arbeitnehmer in den Betrieben ist dagegen überhaupt keine landesrechtliche Vorschrift, sondern ein Reichsgesetz, das die sächsische Regierung auf Grund der Maßnahmen in Artikel 48 der Reichsverfassung Abs. 4 in Vertretung des Reichspräsidenten für das Gebiet des Freistaats Sachsen erlassen hat. Anordnungen dieser Art können weder vom Reichspräsidenten, noch von der Reichsregierung, noch vom Reichstag unmittelbar aufgehoben werden. Vielmehr hat der Reichspräsident und der Reichstag lediglich die Befugnis, ihre Aufhebung und der Reichstag noch der Reichstag einen Erlass zur Aufhebung der sächsischen Verordnung über Erhaltung der Arbeitnehmer in den Betrieben erteilt haben, noch die sächsische Regierung sonst Verhandlungen gehabt hat, die Verordnung aufzuheben, besteht diese nach wie vor.

Die sächsische Regierung wird sich daher in ihrer Pflicht, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diese Forderung energig durchzusetzen, trotz allen Anfechtens der interessierten Kreise nicht beirren lassen und alle Hindernisse gegen diese Verordnung mit der gebotenen Schärfe zu bekämpfen wissen.

### Bermittlung.

Kindeswund in Norden Berlins. Ein 12-jähriges Verbrechen wurde vorgestern in den späten Abendstunden in dem Hause Ludenarder Straße 5 mit 11. Dort hat ein Schlafkammer, anscheinend aus Nahe, die siebenjährige Tochter seiner Witvin ermordet. Der Mörder ist flüchtig. Im dritten Stock des Quergebäudes des Hauses Ludenarder Straße 1 wohnt seit fünf Jahren die Witwe Conrad mit ihrer siebenjährigen Tochter Lucie. Den Tag über ist Frau Conrad in einem Bureau beschäftigt. Seit einiger Zeit wohnte als Schlafkammer der aus Hannover gebürtige Hermann Schaper bei ihr. Vorgehen hatte sie einen Streit mit ihm und kündigte ihm die Schlafkammer. Als Frau Conrad gestern abend nach Hause zurückkehrte, fiel ihr schon beim Öffnen der Tür auf, daß ihre Tochter ihr nicht entgegenkam. Als sie das gemeinsame Schlaf- und Wohnzimmer betrat, sah sie zu ihrem Entsetzen das Kind in einer Blutlache leblos liegen. Die schlaflose Frau schrie um Hilfe. Hausbewohner eilten herbei und riefen, als sie sahen, daß ein Verbrechen verübt war, sofort die Polizei. Die Mordkommission stellte fest, daß das Kind durch mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf getötet worden war. Die Schädeldecke ist völlig zertrümmert. Das Mordinstrument, ein Eisenhammer, wurde am Tatort gefunden. Als Täter kommt zweifellos nur Schaper in Betracht. Er ist flüchtig. Alle Nachforschungen nach hat er aus Nahe über das Verbrechen und die Mordtat die Tat begangen.

### Turnen, Sport und Spiel.

Vorrundenspiel am den Fokal des V. M. S. S. in Nies. Der Verbandsvorstand hat für den kommenden Sonntag das erste Vorrundenspiel am den Verbandspokal nach Nies angeordnet und wird somit dem hiesigen Sportpublikum ein besonderer Genuss geboten, zumal letzthin Spiele von größerer Bedeutung von den hiesigen Vereinen infolge der unerschwinglichen Kosten nicht abgeschlossen werden konnten. Es treffen sich auf dem städtischen Sportplatz (R.S.V.-Platz) die Auserwählten der Waue Mittelachsen und Nordachsen. — Vor diesem Spiel findet ein Jugendspiel R.S.V. gegen V.S. Nies statt.

Auf der Regelleitung in Wien wurden bei gütigen Wenden von deutschen und österreichischen Fliegern mehrere Flüge ausgeführt. Der deutsche Flieger Martens flog 45 Minuten in der Luft und durchmaß ein Gelände von 10 Kilometern.

Der Umrechnungssatz für Steuern beträgt für die Zeit vom 20. Oktober bis zum 23. Oktober 1923 einschließlich 938 Millionen für je 1 Goldmark (bisher 1 Milliarde 80 Millionen).

Die Reichsregierung hat die Lebensmittelpreise (Nahrung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) fest nach den Bestimmungen des Statistischen Reichsamts für den 15. Oktober auf das 691,9 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vormoche (100,1 Millionen) beträgt demnach 591,8 p. h.

Die Umsatzziffer des Vorkriegsereins Deutscher Buchhändler ist vom 18. Oktober 1923 ab 1800 Millionen.

Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Goldfrankenhebung im Auslandspate, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechtelegraphen ist mit Wirkung vom 18. Oktober an auf 912 Millionen Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsergebnis ist auf bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Aktien mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenämter.

Das Goldmarkgold. Für die Zeit vom 20. bis 23. Oktober 1923 einschließlich beträgt das Goldmarkgold 28 509 999 900 vom Hundert (eine Goldmark gleich 286 Millionen Papiermark).

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich vom 9. bis 16. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 255,4%, auf das 1098 Millionenfache des Friedensstandes gehoben. In derselben Zeit ist der Dollarkurs um 241,7%, auf 4,1 Milliarden Mark gestiegen, jedoch das Goldniveau der Großhandels-Indizes (1913 = 100) eine Aufwertung von 113,9 (Gold) erfahren hat. Diese ist vornehmlich durch die Preissteigerung der Rohstoffe mehr als ausgeglichen. Von den Hauptgruppen sind gestiegen Getreide um 285,2%, auf das 1826 Millionenfache, Inlandwaren um 247,3%, auf das 1006 Millionenfache, fernere Lebensmittel (im Großhandel) um 851,6%, auf das 688 Millionenfache und Industriestoffe um 192,7%, auf das 1870 Millionenfache des Friedensstandes.

Die Berliner Börse am 17. Oktober. Der Devisenverkehr steht unter dem Eindruck der heurückenden Meldungen über Krawalle in allen Teilen Deutschlands. Infolgedessen macht sich wieder eine wesentliche Wertminderung geltend. Früh 9 Uhr hörte man den Dollar mit 5 Milliarden und die Schachtrone mit 150 Millionen. Die Tendenz für Effekten ist nicht einheitlich. Die Nachfrage nach Montanwerten und einigen Spekulationspapieren hält zwar an. Doch war die Stimmung im allgemeinen nicht sehr unternehmungslustig.

### Marktberichte.

Künstliche Notierungen der Produktenbörse zu Chemnitz am 17. Oktober, nachm. 3 Uhr. Sittung: fest. Weizen 9-9,5, Roggen 8-8,5, Wintergerste - Sommergerste 7,5-8, Hafer 6 bis 6,5, Mais - Weizenmehl 20, Roggenmehl 18, Weizenmehl 3, Roggenmehl 2, Riechen - Getreide-Strich, Lefe 1,5 Milliarden für den Zentner franco Chemnitz bei Getreide in Labungen von 200 bis 300 Str., bei Weizen in Mengen unter 100 Str. und bei Heu und Stroh labungsweise.

Künstlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin vor 50 kg ab Station vom 17. Oktober. (Preise in Millionen Mark.) Weizen märkischer 9200-9300, sächsischer 9000-9400. Steigend. Roggen, märkischer 8400-8900, sächsischer 8300-8800. Steigend. Gerste, Sommergerste 7500-8000. Steigend. Hafer, märkischer 8800-8900. Steigend. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin brutto incl. Sad (feinste Marken über Rotz) 24000-28000. Steigend. Roggenmehl per 100 kg frei Berlin brutto incl. Sad 23000 bis 26500. Steigend. Weizenkleie frei Berlin 2800-3000. Steigend. Roggenkleie frei Berlin 2800-3000. Steigend. Raps 15000 bis 16000. Steigend. Viktoria-Ärbsen 22000-25000, Helms Getreiden 17000-20000. Kapstüben 5500-6000. Lohmelasse 20/70 1000-1200.

Wachstumsrate im Freiverkehr vom 17. Oktober bis abends 5 Uhr.

Goldmark (1 Gulden) 2600 RMH. Österreich (1 Krone) 1180 RMH. England (1 Pf. Sterl.) 80000 RMH. Amerika (1 Dollar) 6000 RMH. Schweiz (1 Franken) 1185 RMH. Frankreich (1 Franc) 400 RMH. Italien (1 Lire) 800 RMH. Deutsch-Österreich (1 Krone) 98000 Mark. Tschechoslowakei (1 Krone) 198 RMH.

### Amtliches.

Nachstehende Verordnung des Wirtschaftsministeriums wird zur Nachachtung bekanntgegeben.  
Großenhain, am 17. Oktober 1923.  
127 D. Amtshauptmannschaft.

### Wandergewerbe mit Lebens- und Futtermitteln.

Nach der Reichsverordnung über Handelsbeschränkungen (R.G.B. 1923 I S. 406) bedarf der Handel im Umherziehen mit Lebens- oder Futtermitteln künftig der Erlaubnis. Wandergewerbetreibende, die sich im Besitz eines Wandergewerbescheines befinden und das Wandergewerbe mit Lebens- oder Futtermitteln fortziehen wollen, haben daher umgehend bei der für ihren Wohnort zuständigen Verwaltungsbehörde (in Städten mit revidierter Stadtordnung dem Stadtrat, im übrigen der Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksauschuss) um Erteilung der Erlaubnis nachzusuchen. Wird die Erlaubnis erteilt, haben diese Behörden auf dem Wandergewerbeschein unter Verdrückung ihres Dienststempels zu vermerken: „Genehmigung zum Wanderhandel mit ... (die in Frage kommenden Lebens- oder Futtermittel) erteilt.“

Bei der Neuausstellung von Wandergewerbescheinen zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln ist dieser Vermerk auf dem Wandergewerbeschein vor der Ausbändigung anzubringen.

Vom 1. November 1923 an verlieren Wandergewerbescheine, die diesen Vermerk nicht tragen, ihre Gültigkeit für den Handel mit Lebens- und Futtermitteln.  
Dresden, 27. Sept. 1923.  
Wirtschaftsministerium.

Seite 163 des Güterrechtsregisters ist heute eingetragen worden: Fabrikbesitzer Heinrich Brüggemann in Wülknitz und dessen Frau Agnes geb. Weder betr.: Die Verwaltung und die Nutzung des Mannes ist durch Vertrag vom 11. September 1923 ausgeschlossen worden.  
Amtsgericht Nies, den 16. Oktober 1923.

### Verbilligung des Brotes für bedürftige linderreiche Familien in der Stadt Nies.

Besonders bedürftige Haushaltungsvorstände linderreicher Familien erhalten Beihilfen zur Verbilligung des Brotes und zwar, wenn der Vater noch lebt, für die vierten und weiteren Kinder, lebt der Vater nicht mehr, für die dritten und weiteren Kinder.

Diejenigen Haushaltungsvorstände, welche Antrag auf Gewährung von Beihilfen stellen wollen, werden hiermit aufgefordert, sich sofort, spätestens bis 22. Oktober 1923, zu melden, und zwar die in der Alt-Stadt Nies wohnhaften Einwohner im Rathaus Nies, Zimmer Nr. 12, die in den Stadtteilen Gröba und Weiba wohnhaften Einwohner in den Verwaltungsstellen daselbst.

Der Rat der Stadt Nies, 17. Oktober 1923. Ghm.

### Erweiterter Geschäftsverkehr am 21. Oktober 1923.

Aus Anlaß des am 21. Oktober 1923 hier stattfindenden Jahrmärktes weisen wir auf unsere Bekanntmachung vom 11. April 1919 — Nummer 85 des Nieser Tageblattes vom 12. April 1919 — hin, wonach am Jahrmärts-Sonntage der Handel in allen Geschäftszweigen von vormittags 11 bis nachmittags 6 Uhr zulässig ist und demzufolge auch in dieser Zeit im Handelsgewerbe eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern stattfinden darf.

### Der Rat der Stadt Nies, 18. Oktober 1923. RStb.

### Siehmärkte am 20. Oktober 1923 betr.

Klauevieh, das nach Sachsen eingeführt wird, darf erst nach Ablauf der 10tägigen polizeilichen Beobachtung (nach vorgeschriebener Anmeldung) und bezugnehmender Untersuchung zum Verkauf gebracht werden.

Außerdem sind für solche Tiere bei der Anmeldung Ursprungszeugnisse und Gesundheitsatteste beizubringen. Für Klauevieh, das innerhalb Sachsens aus einem Orte nach einem anderen oder auf einen Markt geschafft wird, sind Ursprungszeugnisse vorzulegen.

Der Rat der Stadt Nies, am 18. Oktober 1923.

### Kammerlichtspiele

Hauptstr. 1  
Nur noch heute: „Neuerfreud 2. Teil“ und „Sir und Fay in Wild-West“.  
Ab morgen Freitag!  
Der große Erfolg!

### Divanfaken

ein Seitromant in 6 großen Akten.  
Zwei Mädchenschicksale — eine Warnungstafel für Laufende — eine Glückverheißung für viele — ein Film, der über das bunte Genußleben der heutigen Zeit die stille Freude an wertvollem Schaffen stellt. — Hierzu:  
Der große Vorkurs aller Großstädte!  
Sir und Fay und die schwarze Hand. Der große Vorkurs!  
2 tolle Akte. Die Lieblinge des Publikums!  
Täglich ab 7 u. 9 Uhr, Sonntags ab 4 Uhr.  
Ab Dienstag:  
„Neuerfreud 3. Teil“ und „Sir und Fay“.  
Um recht regen Besuch bittet  
der Vorkurs R. Mares.

für Händler und Gastwirte liefert  
Zigaretten Dr. Glaser, Leipzig  
Rathhausstr. 17. Tel. 23918.

### Bereinsnachrichten

Steno-Verein Gröba, Freitag, 19. 10. Monatsversammlung. Wichtig! Erscheinen aller notw.

### Gröba, Centraltheater

Deute letzter Tag:  
„Die brennende Angel“ sowie „Fatty“.  
Freitag bis Montag — Ufa-Großfilm:  
**Alt-Heidelberg**  
Schauspiel in 6 Akten.  
In der Hauptrolle: Eva May.  
Vorführungen 7 u. 9 Uhr. Einlaß 7/7 Uhr.  
Sonntag ab 4 Uhr.  
Um gütigen Besuch bittet Anna Sach.  
Voranzeige!  
Ab Dienstag bis Donnerstag:  
Fatty-Duettspiele.

### Strickmaschinen!

auch verrotzte aller Art kauft  
H. Dierich jr., Ellenstedt b. Oschersleben a. B.  
Angebote mit genauer Beschreibung u. Maßstab einsenden, sowie Preis.  
Auch Strumpfnäh- u. Handschuhnähschmaschinen.

Granathrosche (Andanten) von Klosterbis Goethe. Verloren. Wegen hohe Belohnung abzugeben Goethestr. 98.

Suche für sofort oder später d. Familienanschluß ein edeliches, zuverlässiges, kinderliebes  
**Mädchen**  
nicht unter 14 Jahren, zur Pflege und Wartung eines 1 Jahr alten Kindes. Gehalt nach Vereinbarung. Angebote sind zu richten an Frau  
Gottlob, Alina Schauer, Naundorf bei Weiszig.

leeres Zimmer in Nies ob. Nahe. Off. an H. Oezing, Naundorf (Elter), Brod. Sa., Heim 7. 15-20000 Goldmark als 1. Hyp. für gr. Geb. von industr. Unternehmen sofort. Off. unt. C 2 776 an das Tageblatt Nies.

2 Fabren Ringer geg. Kartoffeln z. tauschen gesucht Vobitzer Str. 12.  
**Primo Robbeid** und Wark.  
Otto Gundermann.

### Poppitz-Mergendorf.

Zuverlässige Person auch Poppitz oder Mergendorf zum Austragen des Nieser Tageblattes gesucht. Zu melden Tageblatt Nies, Poststr. 55.

### Sandhaus

mit Möbeln (6 St., 2 Röh., Kommod, usw.) sofort bereit. 4-5. Wohnz. zuzugest. Nähe Weiden, Elbstr. 45 ChH5. Kleinm. tierf. Wtl. 18500 Goldm. Off. D A 766 a. Tagbl. Nies.  
Erdleiten  
Telefon  
Anschluß  
**Nr. 530.**  
W. & A. Altermann  
Als Geschäftsführer empfohlen  
P. Schmidt, Raibitz.

### F. R.

Nächsten Sonntag früh 1/9 Uhr Stellen auf dem Übungspfad zur Beschäftigung durch den Kreisvertreter.

### Bäder-Sinnung Nies.

Zu der Beerbigung unseres Ehrenmitgliedes Wilhelm Ehrenwies werden die Kollegen zu recht zahlreicher Beteiligung gebeten. Die Beerbigung findet am 20. Oktober, 1/3 Uhr von der Halle aus statt. Der Vorstand.

### Witwenverein

Dienstag abend entschließung und rubig unter lieber Anteil und Begeisterung der fröhlichen Wäckermeister

### Witwenverein

Witwenverein von 1870/71. — In diesem Samern die trauernden Ginterliebenden. Nies a. Vestingstraße 5. Die Beerbigung findet Sonnabend, den 20. Okt. 1923, nachm. 1/3 Uhr von der Halle aus statt.  
Die heutige Nr. umfaßt 4 Seiten